

14.01.2015 bis 15.01.2015, regional, ddnf Pressespiegel

Tillich lädt zu Dialogforum

sz-online, 14.01.2015

Vor dem Hintergrund der Pegida-Demonstrationen in Dresden wollen Politiker am kommenden Mittwoch erstmals mit interessierten Bürgern ins Gespräch kommen.

Vor dem Hintergrund der Pegida-Demonstrationen in Dresden mit zuletzt 25 000 Teilnehmern hat die sächsische Staatsregierung interessierte Bürger zu einem neuen Dialogforum eingeladen. Erstmals wollen Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), Integrationsministerin Petra Köpping (SPD), Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert und weitere Politiker am kommenden Mittwoch mit 300 Bürgern sprechen. Themenschwerpunkte der Veranstaltung im Congress Center Dresden sind Asyl, Integration und Zuwanderung.

Geplant ist, dass bei der Veranstaltung unter dem Motto „Miteinander in Sachsen“ zunächst an Tischen unabhängig moderierte Gespräche geführt werden, wie die Staatskanzlei am Mittwoch mitteilte. Daran schließe sich eine offene Diskussionsrunde an. Um einen echten Dialog zu ermöglichen, müsse die Teilnehmerzahl allerdings begrenzt werden.

Interessierte können sich telefonisch oder im Internet anmelden. Sollten es mehr als 300 Bewerber geben, entscheidet das Los. In den nächsten Wochen und Monaten soll es weitere Veranstaltungen geben.

Anmeldung unter dialogforum-sachsen.de oder telefonisch unter +49 351 8160931. Das Telefon ist Donnerstag und Freitag zwischen 10.00 und 18.00 Uhr besetzt, am Wochenende zwischen 12.00 und 18.00 Uhr und am Montag zwischen 10.00 und 12.00 Uhr.

Pegida-Chef Bachmann muss wieder vor Gericht

sz-online, 15.01.2015, lex

Lutz Bachmann, Mitinitiator der Dresdner Pegida-Demonstrationen und Chef des gleichnamigen Vereins, muss sich demnächst am Landgericht Dresden verantworten. Dem 41-Jährigen wird vorgeworfen, ab Mitte 2013 knapp ein Jahr keinen Unterhalt für seinen Sohn gezahlt zu haben. Das bestätigte Landgerichtssprecher Ralf Högner gegenüber der Sächsischen Zeitung. Der Berufungsprozess findet am 18. März statt. Der Angeklagte sei bereits im Dezember geladen worden.

Lutz Bachmann wurde im April 2014 am Amtsgericht Dresden zu einer Geldstrafe von 1 600 Euro verurteilt. Es ginge um knapp 2 000 Euro, die er der Kindesmutter schuldig geblieben sei, so Högner. Staatsanwaltschaft und Verteidigung hatten Rechtsmittel eingelegt. Zur Tatzeit stand der bereits häufig, auch einschlägig, vorbestrafte Bachmann unter Bewährung. 2010 erhielt er zwei Jahre auf Bewährung wegen Kokain-Handels. Bachmanns Verteidigerin Katja Reichel teilte mit, eine Ladung habe sie bislang nicht erhalten.

Sein Feindbild steht Tallacker im Weg

sz-online, 15.01.2015, dpa

Peter Anderson über mangelnde Kompromissfähigkeit

Eine der wichtigsten Grundlagen für das Funktionieren unserer westlichen Demokratie ist die Bereitschaft zum Gespräch. Wir suchen und finden Lösungen für gesellschaftliche Probleme wie den verstärkten Flüchtlingszustrom oder islamistische Tendenzen im friedlichen Austausch von Argumenten.

Dies setzt allerdings voraus, dass der Gesprächspartner ernst genommen wird und beide Seiten kompromissbereit sind. In den seltensten Fällen gelingt es, die eigenen Lösungsvorschläge zu 100 Prozent durchzusetzen.

Viele der Äußerungen des Noch-CDU-Mitglieds Thomas Tallacker deuten darauf hin, dass der Meißner Ex-Stadtrat die für ein zielführendes Gespräch nötige Achtung gegenüber Andersdenkenden nicht besitzt. Politische Gegner sind für ihn „rot-grüne Spinner“. Zeitungsredakteure werden von ihm in Goebbels-Manier als „Journaille“ betitelt. Den „Mainstream-Wessi“ verunglimpft Tallacker als „verschwult“ und „verweichlicht“. Die Kirche „hofiert“ nach seiner Ansicht den Islam und überlässt Christen in Kriegsgebieten sich selbst.

Mit solchen Vorurteilen lässt sich kein vernünftiger politischer Dialog führen. Solche pauschalen Feindbilder verhindern einen Kompromiss. Abstriche von der eigenen Position wären ja „verschwult“ und „verweichlicht“. Für eine große Volkspartei wie die CDU dürfte eine solche Haltung untragbar sein.

Polizeichef sieht hohes Gewaltpotenzial bei Pegida-Demos

sz-online, 15.01.2015, dpa

Bei Pegida geht es mitunter lautstark zu. Viele stellen sich die Frage, ob die Veranstalter eine Masse von 25 000 Menschen noch im Griff haben - vor allem wenn Hooligans zum harten Kern gehören.

In Dresden wächst die Sorge um eine Eskalation bei Aufzügen der islamkritischen Pegida-Bewegung. „Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll sieht ein hohes Gewaltpotenzial von 500 bis 700 Leuten bei den Pegida-Demonstrationen in Dresden, das nur noch schwer durch die Polizei unter Kontrolle zu bringen ist. Er sieht die Situation kurz vor dem polizeilichen Notstand“, erklärte der Grünen-Abgeordnete Valentin Lippmann am Donnerstag nach einer Sitzung des Innenausschusses im Landtag. Kroll habe ausgesagt, dass die Aufzüge von Pegida unberechenbarer würden.

Nach Darstellung der Polizeidirektion Dresden hat Lippmann die Äußerungen Krolls stark verkürzt wiedergegeben. „Richtig ist, dass die Versammlungslagen in Dresden zunehmend mit Sicherheitsrisiken behaftet sind. Dies resultiert in erster Linie aus der insgesamt großen Anzahl der Teilnehmer. Aggressivität und Gewaltpotenzial haben sich sowohl bei Pegida-Teilnehmern als auch in Teilen des Gegenprotestes entwickelt“, erklärte Polizeisprecher Thomas Geithner. Für die Polizei gelte, dass ihr Einsatz „an rechtliche, tatsächliche und an Personalressourcen gebundene Grenzen stößt“.

Ulbig sieht keine Anhaltspunkte für Übergriffe

Lippmann sah sich mit Krolls Einschätzung in eigenen Eindrücken bestätigt: „Das Gewaltpotenzial der Pegida-Aufzüge wirkte auf mich nicht erst letzten Montag (12. Januar) im hohem Maße bedrohlich. Mir fehlt daher das Verständnis dafür, dass Innenminister Markus Ulbig dies bisher nicht in dieser Deutlichkeit dargestellt hat.“ Lippmann wirft dem CDU-Minister vor, sich bisher „eher verharmlosend zu der Gefahr von Übergriffen geäußert“ zu haben. Ulbig hatte in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen geschrieben, dass man bislang keine Anhaltspunkte für Übergriffe aus den Reihen der Pegida-Demonstranten sehe.

Tatsächlich gab es bei Pegida-Protesten und Gegendemos mehrfach brenzlige Situationen. Am 1. Dezember mussten Pegida-Ordner mehrere aufgebrachte Teilnehmer davon abhalten, trotz einer Sitzblockade weiterzumarschieren und so die Konfrontation zu suchen. Eine Woche später schossen Pegida-Leute Feuerwerkskörper in Richtung Gegendemonstranten. Am 5. Januar konnte die Pegida-Spitze Teilnehmer nur mit Mühe davon abhalten, die vorgeschriebene Marschroute zu verlassen. Sie hatten in die Innenstadt weiterziehen wollen, obwohl das nicht genehmigt war. Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel bat darum, die Bewegung mit einem solchen Verhalten nicht zu gefährden.

Beim letzten Pegida-Marsch am vergangenen Montag hatte der Dresdner Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt als Augenzeuge dagegen eher die Gegendemonstranten mit ihren Sprechchören als aggressiv wahrgenommen. Er sah Pegida an diesem Abend als „moralischen Sieger“.

Polizei kann Sicherheit nicht mehr garantieren

Bild, 15.01.2015, Christian Fischer

Was kommt da bloß auf Dresden zu?

Seit zwölf Wochen demonstrieren immer mehr „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ montags in der Stadt. Zuletzt waren es laut Polizeiangaben 25 000.

Donnerstagvormittag schlug Dresdens Polizeichef Dieter Kroll (60) im Innenausschuss des Landtages hinter verschlossenen Türen bei den Abgeordneten Alarm!

Nach BILD-Informationen sagte er, dass man für die künftigen Pegida-Demos die Sicherheit nicht mehr garantieren könne. Laut den Grünen-Abgeordneten Valentin Lippmann (23) sehe Kroll die Situation „kurz vor dem polizeilichen Notstand“.

Der Polizeichef rechne mit bis zu 60 000 Pegida-Teilnehmern und Gegen-Demonstranten am kommenden Montag. Zu viel für die Beamten. Zuletzt waren 1100 in Dresden im Einsatz. Zeitgleich 1800 in Leipzig.

Die Demos seien ein „Pulverfass“. Man befürchte, dass sich die Lage hoch schaukelt. In der zweiten Reihe würden auf beiden Seiten Leute mitlaufen, die nur auf Eskalation warten.

Am Nachmittag sprach dann sogar die Polizeidirektion Dresden öffentlich von „Aggressivität und Gewaltpotential“. Man stoße an „tatsächliche und an Personalressourcen gebundene Grenzen“!

Carsten Hütter (50) von der AfD-Fraktion sagt: „Sachsen fehlen die Polizisten! Das sind die Auswirkungen der Polizeireform. Der Innenminister muss handeln!“

Fakt ist: Eskaliert die Situation in Dresden, wird es für Pegida schwer, ihre Demos zu veranstalten. Auch ein Dialog wird damit kaum möglich und die Spaltung der Stadt immer größer!

Die nächste Pegida-Demo könnte auf erheblichen Widerstand aus der gewaltbereiten Antifa-Szene stoßen. Im Internetportal „linksunten.indymedia.org“ wurde Donnerstag zur „Rache für Khaled Idris Bahray“ aufgerufen.

Der junge Asylbewerber aus Eritrea war am Dienstagmorgen erstochen vor seinem Wohnhaus aufgefunden worden.

Die Antifa zielt auf Pegida: „Es heißt offensiv gegen die Teilnehmenden dieses Aufzugs vorzugehen. Kommt Montag nach Dresden um Khaled zu sühnen.“

Und wie, schreiben sie am Ende: „Rassisten und Staat angreifen! Überall!“

Ermittlungen zum Tod von Khaled I. in Dresden laufen auf Hochtouren - Angst unter Flüchtlingen

dnn, 15.01.2015, dpa, sl, ttr

Knapp drei Tage nach dem gewaltsamen Tod des Asylbewerbers Khaled I. in Dresden Leubnitz laufen die Ermittlungen auf Hochtouren. „Die ganze Maschinerie, die Staatsanwaltschaft und Polizei zur Verfügung haben, wird aufgeboten“, sagte Staatsanwalt Lorenz Haase am Donnerstag in Dresden. Dazu gehöre unter anderem die Auswertung von Videomaterial aus Bussen und Bahnen sowie die Befragung von Zeugen.

Dabei konzentrieren sich die Ermittler derzeit auf die Mitbewohner und Nachbarn des Toten. Hinweise auf Täter, Hintergründe und Umstände des Verbrechens gebe es aber noch nicht, sagte Haase.

Der Asylbewerber aus Eritrea wurde am Dienstagmorgen tot vor seinem Wohnhaus in einer Plattenbausiedlung in Leubnitz-Neuostra gefunden. Laut Staatsanwaltschaft starb der 20-Jährige durch Messerstiche in Hals und Brust. Die Behörde ermittelt wegen Totschlags.

Das Vorgehen der Polizei wirft allerdings Fragen auf: Am Dienstag hatten die Beamten noch mitgeteilt, es gebe keine Anzeichen für eine Straftat. Erst die Obduktion ergab, dass Khaled I. durch Stiche in den Hals- und Brustbereich starb. Stiche, die die Beamten am Dienstagmorgen übersehen hatten? Wie die Grünen-Fraktion im Landtag mitteilte, räumte die Dresdner Polizei am Donnerstag im Innenausschuss des Landtages Fehler ein. Grund dafür sei die Auffindsituation des Toten gewesen.

Bundestagsabgeordneter stellt Strafanzeige

Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck erstattete daraufhin Strafanzeige gegen Unbekannt wegen möglicher Strafvereitelung im Amt. Der innenpolitische Sprecher seiner Fraktion kritisiert darin unter anderem, dass die Spurensicherung erst 30 Stunden nach dem Auffinden der Leiche anrückte. Polizei und Staatsanwaltschaft hätten damit die Strafverfolgung verzögert, wenn nicht gar vereitelt.

„Erst nach der Obduktion des Opfers räumt die Polizei ein Fremdverschulden ein und schickt erst

30 Stunden nach der Tat die Spurensicherung an den vermeintlichen Tatort“, sagte Beck. „Dies wirkt dilettantisch.“ Ihm fehle jedes Verständnis für das nachlässige Vorgehen der Ermittlungsbehörden. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) kritisierte das Vorgehen des Grünen-Politikers: „Strafanzeigen aus der Politik helfen keinen Deut bei der Aufklärung, Zurückhaltung und Respekt vor der Ermittlungsarbeit aber schon.“

Trauer und Angst bei Flüchtlingen

Bereits vor der Tat soll es Vorfälle rund um die Plattenbau-Wohnung gegeben haben, in der Khaled I. mit anderen Flüchtlingen lebte. In der vergangenen Woche habe ein Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt Sachsen (Awo), die für die Betreuung der Männer verantwortlich ist, von Tritten gegen die Wohnungstür der Asylbewerber sowie von Hakenkreuz-Schmierereien im Hausflur berichtet. „Flüchtlinge in dieser Stadt haben Angst“, erklärte eine Awo-Sprecherin.

Andrea Hübler von der Opferberatungsstelle Dresden der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V. (RAA) hat den Eindruck, dass rassistische Angriffe in Dresden in den vergangenen Monaten zugenommen haben. Ihre Wahrnehmung speist sich aus Berichten von Opfern, die in die Beratungsstelle kommen oder an anderen Orten davon erzählen. „Alle sagen zur Zeit, dass sie auf der Straße aggressiv angeschaut, angepöbelt, bespuckt oder bedroht werden, und dass sie das Gefühl haben, dass das in den vergangenen Monaten mehr geworden ist – und das bringen sie sehr wohl mit Pegida in Verbindung“, so Hübler.

Von solchen Angriffen seien sowohl Asylbewerber betroffen als auch Migranten, die schon jahrelang in Dresden leben. Nicht alle Opfer würden die Straftat bei der Polizei anzeigen, von einigen Taten erführen die Opferberater auch erst mit deutlichem Zeitverzug. Allerdings könne der Verein seinen Eindruck noch nicht mit Zahlen belegen, weil die entsprechende Statistik erst Ende des Monats fertig werde. In dieser Zusammenstellung erfasst der RAA Sachsen ausschließlich Gewaltdelikte, also beispielsweise Körperverletzung, Nötigung und Mord.

Trauer in Berlin – Demo-Ankündigung in Dresden

In Berlin haben am Donnerstag mehrere Menschen des getöteten Asylbewerbers aus Dresden gedacht. Bis zum Nachmittag legten etwa 40 Menschen an der sächsischen Landesvertretung Blumen nieder und stellten Kerzen auf, wie eine Sprecherin mitteilte. In Dresden ist nach einer spontanen Mahnwache am Dienstagnachmittag mit mehr als 200 Teilnehmern nun für Samstagnachmittag eine Demonstration in Gedenken an den Ermordeten angekündigt.

Mord an einem Geflüchteten in Dresden

addn, 15.01.2015, Paul

Seit Gestern gibt es Gewissheit, Khaled Idriss Bahray wurde ermordet. Der aus Eritrea geflohene Mann hatte sich am Montagabend kurz zum Einkaufen in den nahegelegenen Supermarkt bei seinen Mitbewohnern abgemeldet und kam nie wieder. Am Morgen darauf fand ihn ein Sozialarbeiter tot auf einer Wiese am Hintereingang seines Wohnhauses im Stadtteil Leubnitz-Neuostra. In der Hoffnung auf ein besseres Leben, starb Khaled mitten unter uns, er wurde nur 20 Jahre alt. Für die zum Tatort gerufene Polizei offenbar ein Routinefall, dass der Asylsuchende Opfer eines Verbrechens geworden sein könnte, schlossen sie aus. Kurz nach dem Auffinden der Leiche traten erste Ungereimtheiten zutage, Freunde und Bekannte des Toten berichteten von regelmäßigen Beschimpfungen und Drohungen, ein Nachbar davon, dass an der Wohnungstür des Toten erst kurz

vor Silvester zwei Hakenkreuze geschmiert worden waren. Ein rassistisches Motiv für die Tat, so unsere Einschätzung, kann und darf bei den Ermittlungen nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Die Polizei, die nach Angaben der Dresdner Morgenpost erst 30 Stunden nach dem Mord mit der Spurensicherung vor Ort war, um Beweise zu sichern, befragte gestern ausschließlich Angehörige und Bekannte des Opfers. Nach der Bekanntgabe der gestern Nachmittag veröffentlichten Obduktionsergebnisse, nach denen das Opfer mehrere Stichverletzungen im Hals und Bauchbereich hatte, bleibt fraglich, wie das beim Vorfinden des Toten übersehen werden konnte. Als erste Reaktion kam es gestern Nachmittag zu einer Mahnwache auf dem Jorge-Gomondai-Platz (Fotos). In sehr emotionalen Redebeiträgen durch Freunde von Khaled berichteten diese davon, dass sie sich seit Wochen Montags nicht mehr auf die Straße trauen, weil immer wieder aggressive Teilnehmerinnen und Teilnehmer der wöchentlichen PEGIDA-Demonstrationen an ihre Eingangstür treten und sie aus vorbeifahrenden Autos heraus wüst beschimpfen. Auch eine Frau aus Südamerika, die seit mehr als zehn Jahren in Dresden lebt, erzählte, dass sie noch nie so viel Angst hatte auf die Straße zu gehen, wie in diesen Tagen. Die Mahnwache sollte ein erstes öffentliches Zeichen setzen, um den Menschen damit einen gemeinsamen Ort der Trauer zu schaffen.

Im Anschluss daran zogen die etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Albertinum im Stadtzentrum, wo zu gleicher Zeit Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) zu einem Neujahrsempfang unter dem Motto "Aus aller Welt – zu Hause in Sachsen" geladen hatte. Er selbst zog es vor, nicht zu den demonstrierenden Menschen zu sprechen. Stattdessen trat Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) vor die Tür und sprach den Menschen ihr Beileid und Mitgefühl aus. Die Landesregierung werde alles tun, um den Fall aufzuklären. Angesichts der Bedrohungen, denen sich migrantische Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt derzeit ausgesetzt sehen, wurde die Ministerin aufgefordert, mehr zum Schutz für geflüchtete Menschen zu tun. Als erste Reaktion auf den Mord wurde noch am Mittwochabend von Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) eine stärkere Polizeipräsenz in der Nähe der Wohnungen der betroffenen Eritreer beschlossen. Inzwischen wurde die Mordkommission der Dresdner Polizei auf 25 Beamte aufgestockt. Sie sucht nun nach Hinweisen auf eine mögliche Auseinandersetzung. Wer Angaben zum Tathergang machen kann, wird gebeten, sich unter der 0351-4832233 bei der Dresdner Polizei zu melden.

In einer Pressemitteilung der Linksfraktion im Sächsischen Landtag appellierte Juliane Nagel daran, "den Tod von Khaled zügig aufzuklären und dabei eine mögliche rassistische Tatmotivation sorgfältig zu prüfen". "In vielen anderen Fällen, wie beispielsweise dem Mord an dem erst 19-jährigen Kamal 2010 in Leipzig, wurde ein solches Motiv trotz zahlreicher Indizien frühzeitig ausgeschlossen." Der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Albrecht Pallas, rief zur Besonnenheit auf, "so lange die Todesumstände nicht geklärt sind, sollte es keinerlei Schuldzuweisungen geben. Spekulationen – in welche Richtung auch immer – helfen nicht weiter". Auch Valentin Lippmann von den Grünen zeigte sich bestürzt und sprach der Familie und Freunden seine Anteilnahme aus. "In der aufgeheizten Atmosphäre in Dresden", so der Politiker weiter, "kommt nun auf die Ermittlungsbehörden eine große Verantwortung zu. Es darf weder Vorverurteilungen noch Schnellschüsse geben." Zuvor hatte sich bereits Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) geschockt gezeigt und vor "Spekulationen in die eine oder andere Richtung" gewarnt. Gleichzeitig sprach sie der Polizei und Staatsanwaltschaft ihr "vollstes Vertrauen" aus und kündigte eine Betreuung von Khaleds Mitbewohnern an.

Noch am gestrigen Abend kam es zu einem großen Treffen im Alternativen Zentrum Conni, an dem auch sehr viele Asylsuchende teilnahmen. Auch dort berichteten sie wieder vom Klima in der Stadt und den Bedrohungen, denen sie sich tagtäglich ausgesetzt fühlen und forderten Unterstützung. Bereits kurz nach Bekanntwerden der Tat war es auf der Facebook-Seite der Dresdner Morgenpost mehrfach zu Beschimpfungen und rassistischen Äußerungen gekommen. Das "Netzwerk Asyl,

Migration, Flucht" (NAMF) rief zu Solidarität mit den von Rassismus betroffenen Menschen in Dresden statt zum Dialog mit PEGIDA auf. "Seit einigen Monaten können Migrant*innen in Dresden nicht mehr sicher vor die Tür gehen. Immer wieder kommt es zu rassistischen Beleidigungen und zu Attacken. Dies passiert im Kontext der PEGIDA-Bewegung und ist eine direkte Folge der Hetze, die jeden Montag von diesen Demos ausgeht. PEGIDA hat es geschafft, offenen Rassismus in Dresden wieder salonfähig zu machen. Der bisher größte Angriff ereignete sich am 22. Dezember nach einer PEGIDA-Demo. Eine Gruppe Kurdin*innen wurde von Dutzenden Neonazis und Hooligans angegriffen. Weder Zeugin*innen noch die Polizei griffen ein." Angesichts der Vorfälle forderte das Netzwerk den Rücktritt von Sachsens Innenminister Ulbig und richtete seinen Appell an die politisch Verantwortlichen, "endlich für die Sicherheit der Menschen zu sorgen". Aus gegebenem Anlass wird am Samstag in Dresden um 15 Uhr eine Demonstration stattfinden, als vorläufiger Treffpunkt wurde der Albertplatz ausgegeben.

TOTER KHALED! WAS IST BEI DER ERMITTLUNG SCHIEF GELAUFEN?

mopo, 15.01.2015, Sebastian Günther

Nach dem Tod des Asylbewerber Khaled Idris Bahray (20) gibt es viele Fragen zur Ermittlungsarbeit der Dresdner Polizei! Auch in der Redaktion von MOPO24 hört die Diskussion über den Fall nicht auf. Die Lage ist zu brisant.

Was, wenn es ein Konflikt unter Ausländern war, der tödlich endete? In diesem Fall wäre es ein wahrer Wasserfall auf die Mühlen der Asylkritiker von PEGIDA. Was, wenn der Täter ein deutscher Ausländerhasser war...? In jeden Fall hat Dresden verloren. Die schöne Stadt, der Ruf, das Image.

Ganz Deutschland schrieb über den toten Dresdner Asylbewerber Khaled: SPIEGEL, Stern, Huffington Post, Süddeutsche... Und mit jedem Artikel wuchsen die Fragen. Vor allem warum die Polizei zuerst meldete, der Afrikaner sei "ohne Fremdeinwirkung" gestorben und Stunden später war es plötzlich ein Tötungsverbrechen?!

Wer erstach diesen Asyl-Bewerber?

bild, 15.01.2015

Der junge Afrikaner Khaled I. (†20), den Anwohner am Dienstag tot in einem Hinterhof im Dresdner Stadtteil Leubnitz-Neuostra fanden, wurde erstochen!

„Wir sind sicher, dass es ein Tötungsdelikt war“, erklärte Dresdens Polizeichef Dieter Kroll (60) gestern gegenüber BILD. Merkwürdig: Noch am Dienstag hatte seine Pressestelle wörtlich vermeldet, dass es „bislang keine Anhaltspunkte auf eine Fremdeinwirkung“ gebe. Auf Nachfrage hieß es, dass die Verletzungen des Afrikaners und eine Blutlache am Tatort vermutlich auf einen Sturz des Mannes zurückzuführen seien.

Wie kann das sein? Oberstaatsanwalt Lorenz Haase (54) versucht zu erklären: „Die Fundstelle ist offenbar nicht der Tatort. „Das würde bedeuten, dass das Opfer im Hinterhof der Johannes-Paul-Thilman-Straße abgelegt wurde. „Womöglich haben die Beamten deshalb nicht die tödlichen Wunden gesehen.“

Laut des Obduktionsberichtes soll der Asylbewerber aus Eritrea, der seit September in Dresden wohnte, an mehreren Messerstichen in den Hals- und Brustbereich verstorben sein. „Wir ermitteln in alle Richtungen“, so Haase. „Die Tatumstände sind bisher völlig unklar.“

Um den Todesfall schnell aufzuklären, wurde die Mordkommission auf 25 Beamte aufgestockt. Zudem wurden Spürhunde im Wohngebiet eingesetzt, um herauszufinden, wo Khaled I. vor seinem Tod war.

OB Helma Orosz (61, CDU) zeigte sich angesichts der Tat geschockt und betonte zugleich: „Wichtig ist es mir auch, dass wir keine Spekulationen in die eine oder andere Richtung abgeben.“

TOTER ASYLBEWERBER! BUNDESTAGSPOLITIKER ZEIGT DRESDNER POLIZEI AN

mopo, 15.01.2015, Matthias Kernstock

Der Todesfall des Asylbewerbers Khaled Idris Bahray (20) zieht nun deutschlandweit Kreise. Wie MOPO24 exklusiv erfuhr, hat der Bundestagsabgeordnete Volker Beck (54, Grüne) jetzt Strafanzeige gegen die Dresdner Ermittler von Polizei und Staatsanwaltschaft gestellt.

Volker Beck ist der innenpolitische Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion. Er sagte am Donnerstagmittag gegenüber MOPO24: "Die Ermittlungsspannen rund um den Tod des Asylbewerber Khaled Idris Bahray müssen rückhaltlos aufgeklärt werden. Heute habe ich deshalb Strafanzeige gegen unbekannt wegen möglicher Strafvereitelung im Amt gestellt. Mit fehlt jedes Verständnis für das nachlässige Vorgehen der Ermittlungsbehörden."

Der 20-jährige aus Eritrea war am Dienstag, 13. Januar um 7.40 Uhr morgens tot im Innenhof einer Plattenbausiedlung gefunden worden. Ganz in der Nähe seiner Wohnung im Stadtteil Leubnitz-Neuostra, wo er dezentral (also nicht in einem Asylheim) in einer Wohnung untergebracht war.

Der Bundestagsabgeordnete weiter zu MOPO24: "Als man den Toten blutüberströmt am Dienstagmorgen fand, verbreitete die Dresdner Polizei zunächst die Nachricht, sie hätte keine Anhaltspunkte auf Fremdeinwirkung. Erst nach der Obduktion des Opfers räumt die Polizei ein Fremdverschulden ein und schickt erst 30 Stunden nach der Tat die Spurensicherung an den vermeintlichen Tatort. Dies wirkt dilettantisch. Ich gehe davon aus, dass man das auch in Dresden so sehen wird und Ermittlungen aufnimmt, um Zweifel auszuräumen."

In Becks Anzeige heißt es weiterhin: "Gerade bei Tötungsdelikten trifft die Strafverfolgungsbehörden die Pflicht, besonders gewissenhaft zu ermitteln. Dies dürfte den Verantwortlichen bei Polizei und Staatsanwaltschaft auch bekannt sein. Damit besteht der Verdacht, dass sie wissentlich gehandelt haben."

Mittlerweile ergab die Obduktion, dass das Opfer durch mehrere Messerstiche in den Hals- und Brustbereich zu Tode kam. Konnte man die bei der ersten Aufnahme des Falls wirklich übersehen?

Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt wegen Totschlags, die Mordkommission ist mit 25 Experten im Einsatz.

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (50, CDU) am Donnerstagmittag zu MOPO24: "Ich bin natürlich sehr betroffen über den Tod des jungen Mannes. Jetzt muss schnell und gründlich ermittelt

werden. Ohne Vorverurteilung!"

DRESDNER POLIZEI-CHEF KROLL NIMMT STELLUNG

Dresdens Polizeichef Dieter Kroll (60) sieht der Anzeige von Volker Beck gelassen entgegen.

„Ich bin überzeugt, dass wir keinen Fehler gemacht haben.“ Politischen Druck spüre Kroll derzeit nicht.

Zunächst ging die Polizei von einem Schlüsselbeinbruch aus. Es sei von außen an der Leiche nichts zu erkennen gewesen. Der Stichkanal war offenbar sehr nah an einer Wunde.

"Was in der Pressemitteilung stand, ist abgestimmt worden", so Kroll weiter.

Im nichtöffentlichen Innenausschuss soll Polizeipräsident Kroll nach MOPO24-Informationen am Donnerstag berichtet haben, dass es unmittelbar vor dem Tod des Asylbewerbers eine Strafanzeige eines städtischen Sozialarbeiters gab. Wegen mehrerer (vermutlich zwei) Hakenkreuze an der Wohnungstür des Toten.

Auch Landespolizeipräsident Jürgen Georgie (58) äußerte sich zu Volker Becks Vorwürfen. Der Wortlaut in der Pressemitteilung hätte den damaligen Ermittlungsstand wiedergegeben. Die Formulierungen seien bewußt so gewählt.

„Das ganze System ist darauf ausgerichtet, kein Tötungsdelikt zu übersehen.“

Auch ein Arzt könne nicht immer alles erkennen. Die Spurensicherung sei früh vor Ort gewesen. Bereits vor dem Ergebnis der Obduktion, sagte Georgie.

14.01.2015 bis 17.01.2015, bundesweit, ddnf Pressespiegel

Verkümmerter Realitätssinn

faz, 14.01.2015, Jasper von Altenbockum

Pegida-Anhänger leben in ihrer eigenen, unzugänglichen Welt. Voller Stolz nehmen sie aus der Flut der Informationen nur das auf, was den Filter ihrer Vorurteile durchlaufen hat.

Noch stehen „Studien“ über Pegida auf einem recht schwachen Fundament. Forscher der TU Dresden befragten vierhundert Demonstranten und bekamen nur von mehr als hundert überhaupt eine Antwort. (Die Angabe ist falsch. *) Das Ergebnis ist aber nicht allzu überraschend und dürfte sich auch bei einer größeren Zahl von Befragungen nicht ändern: Die Motive der Pegida-Anhänger, jeden Montag auf die Straße zu gehen, sind ein Sammelsurium der Unzufriedenheit und speisen sich aus dem Bedürfnis, denen „da oben“ einmal die Meinung zu sagen.

Wer die Bürger sucht, die nicht mehr zur Wahl gehen, wird hier fündig. Mit „Islamisierung“ haben ihre Ansichten nur am Rande zu tun - und auch sonst nur am Rande mit einem Sinn für die Realität. Zwar beanspruchen sie, die Wirklichkeit viel besser zu kennen als alle, die sich tagtäglich mit dieser Wirklichkeit beschäftigen. Tatsächlich aber verweigern sie sich ihr, was damit begründet wird, dass sie sonst, würden sie sich informieren, ja doch nur „belogen“ werden.

Das Ergebnis aber ist die Verbitterung in einer ganz eigenen, unzugänglichen Welt, in der man stolz darauf ist, aus der Flut der Informationen nur noch das aufzunehmen, was den Filter einer vorgefertigten Meinung durchlaufen hat. Politiker können einem leid tun. Dagegen ist nämlich kein Kraut gewachsen. Denn noch mehr Information führt in dieser Welt nur dazu, dass der Filter noch feiner wird und der Sinn für die Realität noch mehr verkümmert. Das ist der Pegida-Teufelskreis.

*) Für die Untersuchung des Politikwissenschaftlers Hans Vorländer wurden mehr 1000 Teilnehmer mehrerer Pegida-Demonstrationen angesprochen. Knapp 400 Teilnehmer waren bereit zu antworten.

Was verrät uns die aktuelle Studie der TU Dresden über den “typischen” PEGIDA-Demonstranten?

scienceblogs, 14.01.2015, Christian Reinboth

Um es direkt auf den Punkt zu bringen – nicht viel bzw. längst nicht so viel, wie die Presse derzeit daraus macht, weshalb ich mich zu einem (leider stark verkürzten, da ich selber heute Abend noch eine Studienauswertung abschließen muss) Blog-Kommentar zu den Erhebungsmethoden veranlasst sehe. Durchgeführt wurden die heute der Presse vorgestellten Befragungen im Rahmen der PEGIDA-Demonstrationen am 22.12.2014 (laut SPIEGEL 15.000 Teilnehmer), am 05.01.2015 (laut DNN 18.000 Teilnehmer) sowie am 12.01.2015 (laut MDR 25.000 Teilnehmer).

Das erste methodische Problem eines solchen Vorgehens lässt sich direkt erahnen: Personen, die an allen drei Demonstrationen teilgenommen haben, hatten eine viel größere Chance, von einem der Befrager angesprochen zu werden bzw. hätten theoretisch auch mehrfach teilnehmen können, ohne dass dies aufgefallen wäre. Darüber hinaus ist es natürlich viel wahrscheinlicher, dass Befrager einen harmlos aussehenden Demonstranten ansprechen, als dass sie ihr Glück mit einem bereits angetrunkenen Hooligan versuchen. Vom Vorliegen einer chancengerechten Zufallsauswahl ist daher meiner Einschätzung nach nicht auszugehen, was den interpretativen Spielraum bereits

erheblich (nämlich von quantitativ auf qualitativ) einschränkt.

Sieht man sich die Ergebnisse der Erhebung näher an, so stellt man fest, dass von insgesamt 58.000 Demonstrationsteilnehmern (über alle drei Erhebungstage) lediglich 1.142 Personen angesprochen wurden, von denen ganze 65% (742) jegliche Auskunft verweigerten, so dass letztendlich nur 400 Befragungen abgeschlossen und ausgewertet werden konnten, was 0,68% der 58.000 Demonstrationsteilnehmer entspricht. Selbst unter der großzügigen Annahme, dass die Menge der 25.000 Teilnehmer der letzten Demonstration die 15.000 bzw. 18.000 Teilnehmer der beiden vorangegangenen Demonstrationen vollständig einschließt, und somit nicht mehr als 25.000 potentiell befragbare Demonstranten existieren, deckt die Gruppe der Befragten lediglich 1,6% der Grundgesamtheit ab. Legt man hier nun die Cochran-Formel (zugegebenermaßen nur eines der möglichen Gütekriterien) an, so stellt man fest, dass für repräsentatives Ergebnis zwar schon 1.050 bzw. 1.025 Probanden ausreichend gewesen wären – diese hätten jedoch nicht nur (a) zufällig selektiert werden (unwahrscheinlich), sondern auch noch (b) idealerweise vollständig teilnehmen (und eben nicht zu 65% die Teilnahme verweigern) müssen.

Die hohe Anzahl an Verweigerern ist als zentrales Problem für die Aussagekraft der Ergebnisse zu betrachten, da grundsätzlich nicht davon ausgegangen werden kann, dass Personen, die die Teilnahme an einer Erhebung verweigern, ebenso geantwortet hätten, wie Personen, die zur Teilnahme bereit waren – insbesondere bei einem politisch oder persönlich irgendwie sensiblen Befragungsthema, welches hier eindeutig vorlag. Da nicht ausgeschlossen werden kann (und es vielmehr sogar sehr wahrscheinlich ist), dass die fehlenden 65% einen erheblichen Einfluss auf das Befragungsergebnis ausgeübt hätten, hätte man sie zur Teilnahme verpflichten können, ist es in meinen Augen verwegen, von den verbliebenen 35% Rückschlüsse auf die Gesamtheit (nicht nur der Angesprochenen, sondern der Demonstrationsteilnehmer insgesamt) zu ziehen.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass von 58.000 Demonstrationsteilnehmern an drei verschiedenen Tagen (Überlappung der Befragtengruppen, keine saubere Möglichkeit des Ausschlusses von Mehrfachteilnahmen) unter erschwerten Bedingungen (Umstehende können die Antworten mithören, aufgeheizte Stimmung, sensible Befragungsthemen) gerade mal 400 Teilnehmer (bei einer sehr hohen Auskunftsverweigerungsrate von 65%) befragt wurden. Mit Sicherheit ließen sich aus den hier gewonnenen Daten nun qualitativ wertvolle Hypothesen für weiterführende Untersuchungen ableiten – tatsächlich wird aus ihnen aber folgender, äußerst weitreichender Schluss auf die Gesamtheit der PEGIDA-Teilnehmer gezogen:

Der „typische“ PEGIDA-Demonstrant entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen*, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit auf und stammt aus Dresden oder Sachsen.

Und das geht nun doch erheblich zu weit, wurde aber dennoch von der Pressestelle der TU Dresden so in die Welt gesetzt und wird derzeit von diversen Presseorganen unhinterfragt übernommen.

* Addendum, da die Frage soeben per E-Mail reinkam: Gerade Positiv-Feststellungen sind im Zusammenhang mit einer hohen Verweigererquote höchst verdächtig, da die Wahrscheinlichkeit, dass etwa ein Geringverdiener die Antwort auf eine Frage nach dem Einkommen oder ein Schulabbrecher die Frage nach der formalen Schulbildung verweigert in der Regel sehr viel höher ist, als die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mittelschichtler oder Abiturient dies tut.

Addendum II, da ich gerade auf Facebook darauf angesprochen wurde: Ja, es ist auch nicht besonders schön, dass der Fragebogen (oder wenigstens die Fragen) nicht mitveröffentlicht wurden und dass auf dem Foliensatz für die Pressepräsentation (im Gegensatz zur offiziellen

Pressemitteilung der TU) wirklich keinerlei Hinweis auf die Verweigererquote oder die Gesamtzahl der Befragten zu finden ist. Mit der Eile, die Ergebnisse möglichst schnell vorstellen zu wollen und unter der Annahme, dass in der noch zu erwartenden Publikation alle wichtigen Angaben enthalten sein werden, halte ich das aber für verzeihlich. Nicht besonders toll, aber verzeihlich.

Addendum III, da ich in diesem Artikel in der LVZ gerade noch über diese Sätze gestolpert bin:

“Von den angesprochenen Pegida-Teilnehmern verweigerten rund 65 Prozent jede Aussage. Zudem sei den Befragern eine teils feindselige Stimmung entgegen gebracht worden. Für manche hätte die Umfrage aber auch fast eine therapeutische Wirkung gehabt. Einige hätten sich gegenüber den Wissenschaftlern ihren ganzen Frust von der Seele geredet.”

Jede einzelne dieser Feststellungen (hohe Verweigererquote, teils feindselige Stimmung gegenüber den Befragern – auf Seiten der Verweigerer, wie man wohl annehmen darf – und teils Teilnehmer, die offenkundig etwas loswerden wollten) ist für sich genommen schon ein Indikator dafür, dass die erhobenen Daten eben nicht generalisierbar sind. Wie man angesichts dessen (im gleichen Artikel) zu der Feststellung gelangen kann, dass “große Verzerrungen nicht zu erwarten seien”, ist mir derzeit wirklich ein Rätsel. Die Gefahr von Verzerrungen scheint mir – gerade im Hinblick auf aggressives Verhalten von Verweigerern – vielmehr sogar sehr hoch zu sein, da ja die Annahme durchaus nahe liegt, dass der Grad an offen gezeigter Aggressivität und die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Erhebung mit dem sozialen Status (und damit eben auch mit anderen hier erhobenen Variablen wie Bildung und Einkommen) zusammenhängen.

Addendum IV: Der bekannte Medienjournalist Stefan Niggemeier hat sich ebenfalls mit der Befragung befasst (und auf die ScienceBlogs verlinkt – dafür vielen Dank!) und kommt unter anderem zu dem Schluss:

Die ungewöhnliche Umfragesituation könnte die Antworten vielfältig verzerren, etwa auch, wenn die Befragter als staatlich finanzierte Wissenschaftler als Repräsentanten des „Mainstream“ wahrgenommen werden, der diese Demonstrationen täglich öffentlich verurteilt. Das würde womöglich auch erklären, warum so viele Befragte diffus eine „Unzufriedenheit mit der Politik“ nannten und sich nicht negativ über den Islam äußerten. Man weiß es einfach nicht genau. Auch wenn eine Studie und viele Medien den gegenteiligen Eindruck erwecken.

Dazu kann ich nur sagen: Jau. Am Thema Interessierte sollten sich den Artikel unbedingt anschauen, da Niggemeier anhand zweier Grafiken sehr schön zeigt, wie gut sich hohe Verweigererquoten kaschieren lassen, wenn man einfach alle Angaben nur in Prozentwerten ausgibt, nirgendwo die Zahl der Befragten nennt und die Antwortverweigerung als Option aus der Auswertung streicht.

Addendum V: Die Online-Redaktion der WELT zitiert meine Kritik (und verlinkt ebenfalls auf die ScienceBlogs – vielen Dank dafür!) und gibt auch dem Studienleiter Gelegenheit zum Konter, der einen Großteil meiner Einwände zurückweist, immerhin aber einräumt, dass die Studie keinen Anspruch auf Repräsentativität erhoben hätte (was sicher korrekt ist – genau deshalb hätte man sich aber auf der Pressekonferenz auch nicht in verallgemeinernde Aussagen wie “Der typische PEGIDA-Demonstrant ist...” versteigen dürfen). Ein echtes Highlight für mich als FH-Statistiker: Die WELT befragte auch den Geschäftsführer des bekannten Meinungsforschungsinstituts Forsa zur Pegida-Befragung – und der stimmt meiner Kritik in allen wesentlichen Punkten zu:

“Meinungsforscher Manfred Güllner sieht dies anders. “Es ist sehr schwierig, aus einer Masse eine vernünftige Stichprobe zu ziehen”, sagt der Geschäftsführer des Forsa-Instituts der “Welt”. Bei der Umfrage unter den Pegida-Demonstranten wisse man nicht, wer die Auskunft verweigert hat. Bei

der Interpretation der Ergebnisse sei er deshalb äußerst vorsichtig. Denn: “Wir wissen, dass sich Rechtsradikale meistens nicht befragen lassen”, sagt Güllner. Allgemein finde er Straßenumfragen “äußerst kritisch”. Es sei eben sehr schwierig, Pegida-Demonstranten repräsentativ zu befragen.”

Addendum VI: Da die Frage mich nun schon zweifach per E-Mail erreichte: Nein, auch bei einer Verweigerungsrate von 65% müssen die Ergebnisse einer Befragung nicht unbedingt verzerrt sein. Einfaches Beispiel hierzu: Bei einer Befragung nach dem Einkommen kann auch eine Erhebung mit 95% Teilnahmequote verzerrt sein, wenn genau die 5% Millionäre die Teilnahme verweigert haben. Umgekehrt kann eine Befragung auch mit 50% Teilnahmequote nicht verzerrt sein, wenn die antwortenden 50% sich hinsichtlich der Einkommensverteilung strukturell nicht von den Nichtteilnehmern unterscheiden. Entscheidend ist also letztendlich die Frage, ob die Teilnahmeverweigerung mit dem Untersuchungsgegenstand zusammenhängt (hauptsächlich Millionäre oder Geringverdiener verweigern die Teilnahme) oder zufällig geschieht (Menschen aller Einkommensklassen verweigern zufällig die Teilnahme).

Im Hinblick auf die Pegida-Studie stellt sich somit die Frage, ob eher zu vermuten ist, dass zwischen den 35% Teilnehmern (bei denen die Befragung laut Studienleiter ja teils eine “therapeutische Wirkung” gehabt zu haben schien) und den 65% Verweigerern (die den Befragern ebenfalls laut Studienleiter teils “feindselig entgegenstanden”) ein Unterschied im Antwortverhalten (z.B. im Hinblick auf deren Einstellung gegenüber Flüchtlingen) bestanden hätte. Mir scheint diese Vermutung durchaus plausibel zu sein, während der Leiter der Studie davon ausgeht, dass sich die Nichtteilnehmer im Antwortverhalten nicht wesentlich von den Teilnehmern unterscheiden. Insbesondere vor dem Hintergrund der von Forsa-Chef Güllner im WELT-Interview angesprochenen Erkenntnis, dass Personen mit rechtsradikalen Einstellungen sich bei Befragungen in der Regel überdurchschnittlich häufig verweigern bzw. verschleiern antworten, halte ich es dennoch für sinnvoller, vom Vorliegen einer Verzerrung auszugehen.

Addendum VII: Auch Wissenschaftler der TU Chemnitz, der Uni Bochum und der Uni Frankfurt haben gemeinsam Pegida-Anhänger befragt, beurteilen die Aussagekraft von Vor-Ort-Befragungen von Demonstranten aber sehr viel realistischer:

“Auf der Pressekonferenz stellen die Forscher ihre Beobachtungen sowie einige Ergebnisse der Online-Befragung vor. Zugleich warnt Dieter Rucht: „Mit einer Befragung erreicht man wohl kaum den harten Kern von Pegida. Auf dieser Grundlage generelle Aussagen darüber zu treffen, wer der typische Pegida-Anhänger ist, wäre voreilig und falsch.“ Auf der Pressekonferenz wird daher auch das methodische Vorgehen bei einer solchen Befragung problematisiert.”

Addendum VIII: Mit den Ergänzungen zum Artikel soll nun langsam auch wieder Schluss sein, bevor der Text hier unlesbar lang wird. Zwei wichtige Hinweise habe ich aber noch. Erstens: Auf der Seite der TU Dresden gibt es hier eine lesenswerte Stellungnahme der Studienleitung, in der unter anderem darauf hingewiesen wird, dass die Befragten zufällig ausgewählt wurden, was ich weiter oben ja angezweifelt hatte*. Trotz der hohen Verweigerungsrate sind die Organisatoren übrigens der Ansicht, dass die Ergebnisse “quasi-repräsentativ” (mangels einer besseren Umschreibung) seien. Wer also die Kritik an der Studieninterpretation gelesen hat, sollte sich allein schon der Ausgewogenheit halber auf jeden Fall auch mit der Antwort befassen.

Weiterhin hinweisen möchte ich auf dieses Foto (Vorsicht – Link geht zu PI-News) eines Fragebogens, der angeblich auf der letzten Pegida-Demo in Dresden durch die Uni Göttingen verteilt wurde (Das wäre dann übrigens die dritte Erhebung, die am gleichen Tag und auf der gleichen Demo stattgefunden hat, was methodisch betrachtet ebenfalls nicht unkritisch ist). Abgefragt wird der Grad der Zustimmung zu verschiedenen Aussagen, wobei z.B. Nr. 14 lautet:

“Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.”

Heraus sticht auch Aussage 15:

“Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.”

Nun bin ich natürlich kein Sozialwissenschaftler, möchte aber doch stark bezweifeln, dass die meisten Anhänger einer politischen Bewegung, die den Medien grundsätzlich misstraut und die immer wieder betont, kein rechtsradikales Gedankengut zu verbreiten, derartigen Aussagen zustimmen würden – ganz egal, ob sie diese persönlich für richtig oder unsinnig halten. Jedem einigermaßen klar denkenden Probanden springt doch die Schlagzeile “Pegida-Anhänger wünschen sich mehrheitlich den Führer zurück!” aus diesen Fragen schon entgegen...

* Zur grundsätzlichen “Zufälligkeit” zufälliger Straßenansprachen sei hier ergänzend noch auf diesen Kommentar verwiesen.

Addendum IX: Der Ökonom Hannes Hemker kommentiert die Studie in den DNN:

“Das sehen nicht alle so: „Schließlich ist es mehr als wahrscheinlich, dass es die radikaleren zwei Drittel der Demonstranten waren, die die Umfrage mit dem ‚Establishment‘ verweigerten – so wie sie auch regelmäßig Interviews mit der ‚Lügenpresse‘ verweigern. Dieses Artefakt der selektiven Nichtbeantwortung erklärt wahrscheinlich auch, warum Pegida in der Umfrage demographisch so ‚normal‘ aussieht“, meint der Ökonom Hannes Hemker. Auch Vorländers Mitarbeiter hatten berichtet, dass die Stimmung ihnen gegenüber teils ablehnend bis feindselig gewesen sei.”

Lucke schließt Zusammenarbeit mit Pegida aus

Handelsblatt, 15.01.2015, afp

AfD-Chef Bernd Lucke schließt eine Zusammenarbeit mit der Pegida-Bewegung aus. Der Parteichef will einigen Demonstranten aber „auch einmal zuhören“. In der Partei ist der Umgang mit Pegida umstritten.

AfD-Chef Bernd Lucke hat einer Zusammenarbeit seiner Partei mit der islamfeindlichen Pegida-Bewegung eine Absage erteilt. In einem Interview mit „Spiegel Online“ antwortete Lucke am Donnerstag auf die Frage, ob es eine solche Kooperation geben werde mit: „Nein“. Lucke wandte sich auch beispielsweise gegen Transparente auf Pegida-Demonstrationen, auf denen Moscheen durchgestrichen sind: „Damit möchte ich absolut nichts zu tun haben.“ Die AfD bekenne sich „klar zu Religionsfreiheit“.

Lucke widersprach allerdings Einschätzungen, Pegida-Demonstranten seien generell fremdenfeindlich. „Die große Mehrheit der Demonstranten trägt diese Schilder nicht“, sagte er zu den Transparenten gegen Moscheen. Es gebe zwar bei Pegida Leute, „die einfach nur islamfeindlich sind“, andere sagten jedoch ausdrücklich, dass sie sich nicht gegen Muslime richten würden, die gut integriert in Deutschland leben. Diesen Demonstranten solle man „auch einmal zuhören und sich überlegen, ob sie berechtigte Anliegen haben“.

In der AfD ist der Umgang mit Pegida umstritten. Parteivize Alexander Gauland hat wiederholt geäußert, die Pegida-Demonstranten seien „natürliche Verbündete“ der AfD. Auch Lucke hatte es vor einigen Wochen in einem Interview als „gut und richtig“ bezeichnet, dass Bürger ihren „Sorgen

über die Ausbreitung von radikalem islamistischen Gedankengut“ in gewaltlosen Demonstrationen Ausdruck verleihen würden. Besonders AfD-Vize Hans-Olaf Henkel fordert eine kritische Distanz seiner Partei zu Pegida, stößt damit aber in den eigenen Reihen auf Kritik.

AfD-Chef Lucke im Interview: "Das Wählerpotenzial für uns ist hoch"

spiegel, 15.01.2015, Roland Nelles und Severin Weiland

Deutschland debattiert über den Umgang mit dem Islam: Wird die AfD das Thema Ausländerpolitik ausschlagen? Wie hält sie es mit Pegida? Parteichef Bernd Lucke erklärt im Interview, wie seine Partei nun profitieren will.

Führende Vertreter der AfD haben die Pegida-Demonstrationen in Dresden verteidigt, auch nach den Anschlägen von Paris. Wie steht der Vorstandssprecher Bernd Lucke, Gründungsmitglied der Alternative für Deutschland und ihr bekanntestes Gesicht, zum Kurs seiner Parteifreunde gegenüber antiislamischen Kräften? Im Interview mit SPIEGEL ONLINE erklärt der Wirtschaftsprofessor und Europaparlamentarier: Bei Pegida marschierten vor allem "normale Leute mit". Die eigene Partei feiert er als Tabubrecher.

Lesen Sie hier das komplette Interview.

SPIEGEL ONLINE: Herr Lucke, nach den Anschlägen in Paris verschärft sich die Diskussion über den richtigen Umgang mit dem Islam. Pegida macht gegen eine angebliche Islamisierung mobil. Wie ist die Haltung der AfD zu Pegida?

Lucke: Zunächst einmal ist Pegida ein lokales Dresdner Phänomen. Die Erwartung mancher, dass sich Pegida in der Bundesrepublik ausbreitet, trifft offensichtlich nicht ein. Pegida hat sich erfreulicherweise von eindeutig rechtsradikal unterwanderten Ablegern distanziert und versucht wohl auch in Dresden, Distanz zu mitlaufenden Rechtsextremisten zu halten. Die große Mehrheit scheint aus normalen Bürgern zu bestehen.

SPIEGEL ONLINE: Anders gefragt: Teilen Sie die Pegida-Position, dass Deutschland angeblich vom Islam überrollt wird?

Lucke: Nein, das wäre ja völlig übertrieben. Und mir scheint, mit Verlaub, dass das Ihre Übertreibung ist. Ich habe nicht gehört, dass Pegida von einem Überrollen spricht. Das Schlagwort lautet "Islamisierung", und darunter scheinen die Menschen, die in Dresden zusammenkommen, sehr unterschiedliche Probleme zu fassen.

SPIEGEL ONLINE: Und welche sind das aus Ihrer Sicht?

Lucke: Es geht den Menschen um die Flüchtlingspolitik oder um Integrationsprobleme, die gar nicht unbedingt mit dem Islam zu tun haben. Aber es gibt auch die Sorge, dass der Anteil der Muslime in Deutschland zunimmt und eines Tages möglicherweise Regelungen getroffen werden, die gegen unsere Rechts- und Werteordnung gehen.

SPIEGEL ONLINE: Wir halten diese Ansichten generell für Übertreibungen. Wie ist es bei Ihnen: Teilen Sie die Ängste der Demonstranten?

Lucke: Ich habe keine Angst, aber ich sehe durchaus Probleme in unserer Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Teilweise sehe ich auch Probleme, die eher aus einer Entislamisierung der jüngeren Generation folgen.

SPIEGEL ONLINE: Wie sollen wir das verstehen?

Lucke: Die Elterngeneration ist oft arm, fromm, konservativ, traditionell. Die junge Generation erlebt hier das Gegenteil: Eine reiche, säkulare, materialistische, permissive Gesellschaft. Nicht wenige verlieren das islamische Wertegerüst ihrer Eltern und erliegen den Versuchungen der modernen Welt. Manche von ihnen missverstehen Toleranz und Liberalität; sie testen die Grenzen aus. Dann nehmen normale Bürger wahr, dass diese Jugendlichen Probleme machen, mit Drogen, Diebstahl, vielleicht auch Zuhälterei. Das hat dann mehr mit einer Abwendung vom Islam als mit dem Islam zu tun.

SPIEGEL ONLINE: Natürlich gibt es - wie unter Deutschen - auch Drogenkonsum und Kriminalität unter jugendlichen Migranten. Aber muss man deshalb eine ganzen Bevölkerungsgruppe pauschal stigmatisieren, so wie es Pegida tut?

Lucke: Für Ihren ersten Satz müssten Sie den Nobelpreis für politische Korrektheit kriegen. Aber es könnte doch sein, dass es unter jugendlichen Migranten deutlich mehr solche Probleme gibt, oder? Das scheint mir ein Anliegen der Pegida-Demonstranten zu sein. Und stigmatisieren Sie Pegida nicht mindestens genauso pauschal, wie Sie das Pegida unterstellen? Mir ist völlig klar, dass bei Pegida auch Leute rumlaufen, die einfach nur islamfeindlich sind, aber andere sagen ausdrücklich, dass sie sich nicht gegen Muslime richten, die integriert bei uns leben. Davon einmal abgesehen, kann man von der einfachen Bevölkerung auch nicht erwarten, dass sie sich immer so differenziert ausdrückt, wie Journalisten das gerne hören. Ich lehne Islamfeindlichkeit strikt ab, aber ich lehne es auch ab, 20.000 Menschen alle gleichermaßen einfach als fremdenfeindlich abzustempeln.

SPIEGEL ONLINE: Wir haben immer noch nicht verstanden, wie Sie nun als AfD mit Pegida umgehen wollen. Wird es eine Kooperation zwischen AfD und Pegida geben?

Lucke: Nein.

SPIEGEL ONLINE: Wollen Sie jetzt Pegida-Positionen übernehmen? In Dresden werden auch Schilder hochgehalten, auf denen Moscheen durchgestrichen sind. Das ist klar ausländerfeindlich.

Lucke: Das ist klar islamfeindlich, und damit möchte ich absolut nichts zu tun haben. Aber die große Mehrheit der Demonstranten trägt diese Schilder nicht. Da sollte man dann angesichts der großen Zahl doch auch einmal zuhören und sich überlegen, ob sie berechtigte Anliegen haben. Vielleicht fragen Sie sie mal. Ich bin jedenfalls nicht Sprecher von Pegida, sondern ich bin Bundessprecher der AfD. Wir bekennen uns klar zur Religionsfreiheit - insofern kommen durchgestrichene Moscheen für uns überhaupt nicht infrage.

SPIEGEL ONLINE: Ihre Partei propagiert Recht und Ordnung. Haben Sie kein Problem damit, dass mit Lutz Bachmann einer der Pegida-Organisatoren ein wegen Drogenbesitzes vorbestrafter Krimineller ist, der sich sogar seiner Festnahme durch Flucht entzog?

Lucke: Entschuldigen Sie, das ist nicht unser Problem, das ist das Problem von Pegida! Die AfD ist genauso wenig für Herrn Bachmann verantwortlich wie SPIEGEL ONLINE für Uli Hoeneß.

SPIEGEL ONLINE: Ihre Vorstandskollegin, Frauke Petry, hat sich mit Bachmann und anderen Organisatoren kürzlich getroffen. Damit haben Sie keine Probleme?

Lucke: Nein. Frau Petry hat klar gesagt, dass es keinen Schulterschluss zwischen AfD und Pegida gibt. Das sehe ich genauso. Aber wir hören uns an, welche Probleme Pegida sieht, prüfen, ob da was dran ist und welche Lösungen es gibt. An der allgemeinen Ausgrenzung beteiligen wir uns nicht, auch wenn ein gesellschaftliches Klima geschaffen worden ist, wo es als Tabubruch gilt,...

SPIEGEL ONLINE: ...die AfD ist also ein Tabubrecher?

Lucke: ...wenn man an heikle Bereiche herangeht, wie etwa die Zuwanderungspolitik und Integrationsprobleme. Da wird über vieles nicht offen gesprochen.

SPIEGEL ONLINE: Seit Jahren wird in Deutschland über die Probleme der Integration gesprochen. Unser Archiv ist voll von Artikeln darüber. Wir können kein Tabu erkennen.

Lucke: Das ist überhaupt nicht meine Wahrnehmung. Überhaupt nicht! Gewiss, dass Zuwanderung eine Bereicherung sein kann, dass man eine bunte Gesellschaft wolle, das wird gerne gesagt. Aber über die damit verbundenen Probleme wird nur verschämt gesprochen, etwa darüber, ob und wie die Zuwanderung gesteuert werden soll, welche Wirkungen sie auf den Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte hat, wie sich die Verfügbarkeit billigen Wohnraums ändert, welche Probleme in Schulen auftreten können.

SPIEGEL ONLINE: Das hört sich so an, als wollten Sie Zuwanderung zu Ihrem neuen Megathema machen.

Lucke: Nein, es ist eines von vielen Themen, über das bei uns intensiv diskutiert wird. Aber durch die Flüchtlingstragödien im Mittelmeer, in Syrien und im Irak steht das derzeit halt im Fokus der Öffentlichkeit. Andere Themen, denen wir uns widmen, sind zum Beispiel die Sozial- und Steuerpolitik. Auf unserem Bundesparteitag Ende Januar in Bremen wollen wir uns schwerpunktmäßig mit diesen wichtigen Bereichen befassen.

SPIEGEL ONLINE: Ein Streitthema in der AfD ist die Außenpolitik. Wenn Deutschland in eine Notlage käme - wo würden Sie anrufen: In Washington, Paris, London oder Moskau?

Lucke: Was wollen Sie damit sagen? Das kommt doch immer auf die konkrete Situation an.

SPIEGEL ONLINE: Lassen Sie es uns so fragen - steht die AfD für die Westbindung?

Lucke: Natürlich. Keine Frage! In unseren Leitlinien bekennen wir uns eindeutig zur Westbindung und zur Mitgliedschaft in der Nato.

SPIEGEL ONLINE: In der Praxis hört sich das nicht so klar an. Ihr Vize Gauland hat die Annektierung der Krim durch Russland als "Einsammeln russischer Erde" bezeichnet, Sie hingegen haben in Brüssel für Sanktionen gegen Russland gestimmt. Was gilt nun?

Lucke: Die Ukraine-Krise ist ein schwieriger, vielschichtiger Konflikt, der in der AfD in der Tat unterschiedlich beurteilt wird. Na und? Dass alle stets einer Meinung sind wie bei den Altparteien, ist doch eher dröge. Es ist richtig, dass Herr Gauland und ich unterschiedliche Akzente setzen. Aber auch Herr Gauland steht für die Westbindung Deutschlands, für die Mitgliedschaft in der Nato. Auch er hält die Annektierung der Krim für völkerrechtswidrig.

SPIEGEL ONLINE: Ihr Vize Hans-Olaf Henkel sagt, in der AfD gebe es "Ideologen, Goldgräber und Karrieristen", er schäme sich, wenn er auf Veranstaltungen Verschwörungstheorien höre. Hat er recht?

Lucke: Ideologen, Goldgräber und Karrieristen gibt es überall. Gerade die Altparteien haben haufenweise Karrieristen. Eine junge Partei zieht wahrscheinlich stärker Verschwörungstheoretiker an. Da geistern ja abenteuerliche Theorien durchs Internet, und manche Menschen nehmen das für bare Münze. Da haben politische Parteien sicherlich auch einen Weiterbildungsauftrag.

SPIEGEL ONLINE: Immer wieder gibt es bei Ihnen Fälle, wo Mitglieder nach Rechtsaußen

blinken. Jüngst hat ein Mitglied der hessischen AfD mit einem NPD-Funktionär Kontakt aufgenommen, um eine Fragida-Kundgebung zu organisieren. Wo verläuft da eigentliche die Grenze?

Lucke: Der Landesverband hat sich klar von dem Mann distanziert. Mit extremistischen Parteien arbeiten wir nicht zusammen.

SPIEGEL ONLINE: In Mecklenburg-Vorpommern haben 2014 Kreistagsabgeordnete der AfD mehreren Anträgen der NPD zur Flüchtlingspolitik zugestimmt, darunter auch der Landesvorsitzende.

Lucke: Ich bitte um Verständnis, aber ich verfolge das Geschehen in Kreistagen nicht. Das war vermutlich ein Fehler von politisch Unerfahrenen, die nicht erkannt haben, dass die NPD sich politisch aufwerten lassen möchte, indem sie scheinbar harmlose Anträge stellt. Aber wie gesagt, ich kenne den Fall nicht. Die AfD grenzt sich klar ab von jeder Form des politischen Extremismus, des Revanchismus, des Rassismus. Wir definieren uns durch unsere politischen Beschlüsse, und nirgendwo in der AfD werden Sie irgendeinen rechtsradikalen Beschluss finden.

SPIEGEL ONLINE: Am 15. Februar wird in Hamburg gewählt, drei Wochen zuvor finden entscheidende Wahlen in Griechenland statt. Wollen Sie von der Krisenlage in Athen profitieren?

Lucke: Sie meinen politisch? Das haben wir doch schon. Plötzlich sagt Frau Merkel, dass es nicht so schlimm ist, wenn Griechenland aus der Eurozone austritt. Das bestätigt doch, was wir immer gesagt haben. Ob die griechischen Wahlen uns helfen, ist weniger klar. Es ist unklar, ob Syriza überhaupt gewinnt, und dann will Herr Tsipras ja nicht etwa aus dem Euro raus, sondern nur seine Schulden nicht zurückzahlen.

SPIEGEL ONLINE: Sie würden ihm einen Austritt aber nahelegen?

Lucke: Ja. Nur ein solcher Austritt würde Griechenland helfen, langfristig aus der Krise herauszukommen. Frau Merkel hält ja plötzlich auch einen Austritt nicht mehr für schlimm. Da fühle ich mich doch in bester Gesellschaft. Noch vor einem Jahr wurde ich wegen derselben Aussage als Voodoo-Ökonom beschimpft.

SPIEGEL ONLINE: Was ist Ihr Ziel für die Bundestagswahl 2017?

Lucke: Natürlich wollen wir in den Bundestag kommen.

SPIEGEL ONLINE: Wie hoch schätzen Sie das Wählerpotenzial für die AfD ein?

Lucke: Das Potenzial ist hoch, aber ein realistisches Ergebnis liegt wohl zwischen fünf und zehn Prozent.

Das Interview führten Roland Nelles und Severin Weiland

Rudert Lutz Bachmann zurück?

fr-online, 15.01.2015, Harry Nutt

Der Pegida-Chef hatte sich auf Facebook über einen Artikel in seinem Namen auf der Seite des Satiremagazins Titanic beschwert und rechtliche Schritte angekündigt. Mittlerweile ist Bachmanns Facebook-Post nicht mehr zu finden.

Mit der Androhung von rechtlichen Schritten hat Lutz Bachmann auf einen Text des Satiremagazins Titanic reagiert. Die hatte am Donnerstag den Pegida-Initiator aufs Korn genommen - der Veralberte selbst fand das nicht lustig und drohte mit rechtlichen Schritten. Dafür ertete der 42-Jährige viel Spott in sozialen Netzwerken, hatte er sich doch erst am vergangenen Montag noch bei einer Pegida-Demonstration für Meinungsfreiheit ausgesprochen und seine Solidarität mit Charlie Hebdo bekundet. Offenbar zeigte die Häme Wirkung: Der Facebook-Eintrag war am Freitagvormittag nicht mehr auf der Pinnwand von Bachmann zu finden.

Der Anstoß für Bachmanns Zorn: Unter dem Titel "Bitte keine Vorurteile" ist auf der Webseite der Titanic ein fiktiver Gastkommentar von Bachmann veröffentlicht, in dem es unter anderem heißt: "Deutsche! In Dresden ist am Montagabend ein zwanzigjähriger Asylbetrüger Asylbewerber tot aufgefunden worden – freilich: Dies ist sehr bedauerlich. Außer, daß er durch Stichwunden zu Tode kam, ist nichts bekannt, doch die Medien besitzen die Unverfrorenheit, in ihren Hetzartikeln eine Verbindung zu den friedlichen (!) Märschen der Pegida-Bewegung herzustellen, die sich unter Dresdens Bürgern einer großen Beliebtheit erfreuen."

Der Artikel schließt mit den Worten "Die Vorverurteilung durch gleichgeschaltete Presseorgane trifft mich wie ein Stich ins Herz. Bitte seien Sie klüger. Heil Hitler und einen schönen Tag."

Bachmann schrieb dazu in seinem nun gelöschten Eintrag: "Was hier abläuft, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten! Ich habe nie irgendeinen Kommentar abgegeben und mit Satire hat dies nix mehr zu tun! Das ist ganz klar Rufmord und ich werde es definitiv unseren Anwälten übergeben!"

Dresden – eine Stadt kommt nicht zur Ruhe

rp-online, 15.01.2015, Dana Schülbe

Nach dem gewaltsamen Tod eines Asylbewerbers in Dresden schießen wilde Spekulationen ins Kraut. Die Ermittlungen stehen aber noch ganz am Anfang. Zur Ruhe wird die sächsische Landeshauptstadt, in der die "Pegida"-Demonstrationen ihren Ursprung haben, wohl so schnell nicht kommen.

Am Montagabend war Khaled I. zuletzt gesehen worden, am Dienstagmorgen wurde er von Passanten tot am Hintereingang seines Wohnhauses in einem Dresdner Plattenbaug Gebiet gefunden. Zunächst hatte die Polizei mitgeteilt, dass es für Fremdeinwirkung keine Anhaltspunkte gebe. Doch nun liegt das Obduktionsergebnis vor, der junge Mann aus Eritrea starb demnach durch mehrere Messerstiche in den Hals- und Brustbereich.

Der Tod des 20-Jährigen hat insbesondere im Internet Spekulationen aufkommen lassen, ob es sich um einen fremdenfeindlichen Angriff gehandelt haben könnte. Bislang wurde weder die Tatwaffe gefunden, noch gibt es Hinweise auf Täter, Hintergründe und Umstände des Verbrechens. Die Arbeit der Mordkommission, die auf 25 Mann aufgestockt wurde, befindet sich noch im Anfangsstadium. Bis klar ist, ob es sich tatsächlich um eine Tat mit fremdenfeindlichen Hintergrund handelt, könnte es also noch dauern. Falls die Ermittlungen überhaupt jemals zu einem Ergebnis kommen. Entsprechend warnt unter anderem Dresdens Oberbürgermeisterin Helga Orosz vor Spekulationen über die Täter und Hintergründe.

Ein Hotel, das doch kein Asylbewerberheim wird

Hinzu kommt auch die Nachricht der Stadtverwaltung von Anfang der Woche, nach der der Eigentümer eines Hotels in Dresden ein Angebot zurückzog, sein Haus als Asylbewerberheim an die Stadt zu vermieten. Als Grund nannte die Stadt massiven Widerstand "aus der Bevölkerung und dem näheren Umfeld", etwa asylkritische Schmierereien am Hotel und Gewaltdrohungen in sozialen Netzwerken.

Die Verwaltung des Hotels teilte dagegen der Zeitung "Die Welt" mit: "Die Entscheidung, an dem genannten Standort keine Vermietung an die Stadt Dresden vorzunehmen, hat interne Gründe, die nur zum Teil mit dem Widerstand der Anwohner im Zusammenhang stehen."

Die beiden Fälle und die damit einhergehenden Spekulationen zeigen, wie angespannt die Stimmung in der sächsischen Landeshauptstadt ist. So hatten sich am Mittwoch dutzende Asylbewerber aus Afrika zu einer Mahnwache angesichts des Todes von Khaled I. in Dresden versammelt. Laut "Sächsischer Zeitung" kritisierten viele, dass sie seit Monaten immer öfter Opfer von Anfeindungen und Angriffen würden. "Wir haben Angst", zitiert die Zeitung Teilnehmer der Mahnwache.

Sozialarbeiter, der Sächsische Flüchtlingsrat und weitere Initiativen, so schreibt die Zeitung weiter, hätten vor Ort die "Pegida"-Demonstrationen für ein Klima in Dresden verantwortlich gemacht, das solche rassistischen Übergriffe begünstige.

Auch Khaldun Al Saadi, Sprecher des Islamischen Zentrums in Dresden, hatte im Interview mit der "Tagesschau" gesagt, dass sich die Muslime in der Stadt seit "Pegida" wieder Sorgen machten und ihre Kinder montags, wenn die Demos sind, nicht mehr auf die Straße ließen. Die Organisatoren von "Pegida" allerdings wehren sich immer wieder gegen den Vorwurf des Rechtsextremismus. Die Bewegung wendet sich gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes und holte zuletzt 25.000 Anhänger auf die Straße.

Dutzende Bürger zeigen Flagge für das "bunte Dresden"

In keiner anderen Stadt mobilisiert die Anti-Islam-Bewegung so viele Menschen, überall sonst dominieren die Gegendemonstranten. Sächsische Politiker machten sich daher schon vor einigen Wochen Sorgen um den Ruf der sächsischen Landeshauptstadt.

Dass Dresden aber eigentlich ganz anders ist, sagte auch Khaldun Al Saadi der "Tagesschau". Und die Dresdner selbst beweisen das immer wieder. So wächst auch dort die Zahl derer, die gegen die "Pegida"-Bewegung und gegen Fremdenfeindlichkeit auf die Straße gehen. Bündnisse wie "Dresden für alle" oder "Dresden Nazifrei" kämpfen für den Ruf Dresdens als tolerante Stadt.

Und auch am Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, den Neonazis immer wieder missbrauchen, stehen tausende Dresdner Jahr für Jahr auf, um zu zeigen, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in ihrer Stadt nichts zu suchen hat.

Die sächsische Landesregierung versucht unterdessen, mit einem neuen Dialog-Forum auf die "Pegida"-Demonstranten zuzugehen. Zu der Veranstaltung unter dem Motto "Miteinander in Sachsen" werden interessierte Bürger willkommen geheißen. Am kommenden Mittwoch wollen Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), Integrationsministerin Petra Köpping (SPD), Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert und weitere Politiker mit 300 Bürgern ins Gespräch kommen. Themenschwerpunkt: Asyl, Integration und Zuwanderung.

Killing of Eritrean refugee in Dresden exposes racial tensions in Germany

theguardian, 15.01.2015, Kate Connolly

Anti-immigration sentiment highlighted after 25,000 rally in support of far-right Pegida movement on night of murder

It was 8pm on Monday when Khaled Idris Bahray told his seven flatmates he was popping out to buy some cigarettes from the Netto supermarket about 100 metres away from his flat in a prefab high-rise in the south of Dresden.

The 20-year-old Eritrean said he wouldn't be long. But a few hours later he still hadn't returned. "We assumed he'd gone to stay with some other friends nearby," said his flatmate, Abdulrezak Suleman. "So we weren't really worried."

But around 7.40 the following morning, other residents in the six-storey building found his body slumped in the inner courtyard of the housing estate.

According to his flatmates, in reports that the police will not confirm, he was covered in blood, with at least one deep cut visible on his body. Rigor mortis had already set in. "He was lying on his back, and had blood coming out of his nose and mouth, with drops of blood leading towards the door as if he'd tried to get in, but not made it, and drops on the grass," said Abdulatif, 23, a fellow Eritrean who lives nearby but had spent that night in Bahray's flat.

The police had first said there seemed to be no suspicious circumstances surrounding the young Muslim's death, saying in their initial statement that on first appearance "there are no indications of foul play". But just hours later they confirmed the results of the postmortem showed that Bahray had been unlawfully killed in what appears to have been a vicious knife attack.

"We now have evidence to confirm that a stab from a knife was the cause of his injuries," said Dieter Kroll, president of Dresden police. "We can exclude the possibility that this was an accident. It is murder."

Dresden police have launched a murder investigation in the east German city that has been making headlines recently for its anti-immigrant rallies, which, on the night of Bahray's death, attracted a record number of 25,000 supporters. Tensions in the city have been high in the 12 weeks since the rallies began, with a reported increase in racist attacks.

The circumstances of Bahray's killing are now under intense investigation, with police looking into everything, from internal strife within the large group of Eritrean refugees to a racial motive.

On Wednesday night Bahray's seven flatmates, plus 16 others who had gathered in the men's flat on the morning his body was found, were being questioned by police, as DNA samples were gathered from all of them.

But while the motive for his killing and the identity of his killer remain unclear, on social network sites the death of the young man prompted a flood of responses, from those who were shocked and horrified to others who expressed malicious glee.

"I cannot fathom this," wrote one Twitter user. "Especially in Dresden, at this time."

"A young man has died in our city who had his whole life before him," a Dresden citizen wrote.

“Can’t we find it in us to express our feelings for his relatives and friends?” But others, many of whom openly express their allegiance to the anti-immigration movement Pegida, spouted disdain for the dead Eritrean. “In Africa dozens of children and adults die every day and nobody’s interested in them. But as soon as a single asylum seeker pops his clogs, then the outcry is huge,” wrote Eric van de Hahns on Facebook.

Süsses Tomatchen wrote on Facebook: “They shouldn’t wonder. More and more foreigners are being let in and schools are even being closed to make way for asylum homes ... As a result German schoolchildren are having to travel kilometres away to other towns to go to school. This is just the pits.”

A Michael Melzer writing on Facebook said: “That’s at least one less who’s living on our dime,” while Mirco Grosse said: “Get rid of the muck.”

Another said it was unfair to blame Pegida. “If tomorrow ... a cat gets run over, will Pegida be blamed for it?”

The outbursts came a day after Angela Merkel had said it was “humanly reprehensible” to exclude minorities from society. The German chancellor added: “xenophobia, racism and extremism have no place in this country.” The political elite is struggling with how to deal with the growing popularity of Pegida, particularly in the wake of the Paris attacks.

Much of the debate on Facebook, Twitter and other networks focused on blaming Pegida for having forged an atmosphere of hatred and resentment.

But the organisers of the group, who have been famously shy of speaking to the press, told the Guardian that it was absolutely shameful to blame them.

Speaking outside Dresden police headquarters, where they had been meeting police to discuss their forthcoming rally, Pegida’s leader, Lutz Bachmann, said: “This is an internal row, it seems, and to shove the blame on to us is unbecoming. But there are lots of people out there trying to blame us for many things right now.”

The group’s spokeswoman, Kathrin Oertel, said: “We are against extremism in any shape or form. If there is resentment on the streets of Dresden, it was there before we existed.”

But Mekonnen Mesghena, a policy analyst at the Berlin-based Heinrich Böll Foundation, a thinktank affiliated with the German Greens and himself an Eritrean, told the Guardian that it was a very uncomfortable time for refugees in Germany. “They are nervous, and afraid to go out, particularly on Monday nights in cities where protesters are out, and the shock of this will make their lives even more difficult.”

Bahray’s friends and flatmates who were gathered at the police headquarters for questioning told the Guardian their friend had been a peace-loving and kindly man whose main ambition when he left Sudan – where he had lived with his Eritrean mother – four months ago had been to seek a better life.

“He said again and again he just wanted to earn enough money to be able to live and send some back to his mother,” said Tesfalem Negasi, 27, an Orthodox Christian who had shared a room with Bahray. Like all the flatmates, they had met at a German asylum seeker’s home in the Erzgebirge mountains in Saxony on arriving in Germany via Libya and Italy four months ago.

Drawing a swastika on a piece of paper, he said through a translator from Tigrinya into German: "When someone came and drew this on our door one day we started to get wary of going out, particularly after we were spat on and given the finger so many times. We wish after his death, they will think of moving us to a safer part of Germany."

The Swastika was daubed on the men's 2nd floor flat just three days before Bahray's killing. It was accompanied by the slogan "We'll get you all".

Pegida-Chef Bachmann Mitte März vor Gericht

fr-online, 15.01.2015, dpa

Pegida-Mitgründer Lutz Bachmann muss sich Mitte März in einem Strafverfahren vor dem Landgericht Dresden verantworten. Der Berufungsprozess finde am 18. März statt, sagte Landgerichtssprecher Ralf Högner und bestätigte einen entsprechenden Bericht der «Sächsischen Zeitung».

In dem Prozess gehe es um angeblich nicht geleistete Unterhaltszahlungen für den Sohn des 41 Jahre alten Vorsitzenden des Pegida-Vereins.

Bachmann war deshalb im Frühjahr vergangenen Jahres vom Amtsgericht Dresden zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Sowohl Verteidigung als auch Staatsanwaltschaft hatten Berufung eingelegt. Bachmann war im fraglichen Zeitraum nur auf Bewährung frei.

Sollte auch das Landgericht ihn schuldig sprechen, könnte eine Aufhebung der Bewährung geprüft werden. Dann wäre auch Gefängnis möglich. Der Organisator der islamfeindlichen Pegida-Bewegung war 2010 wegen Drogenhandels zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden.

Erster Pegida-Live-Talk mit Pegida: Am Sonntag bei "Günther Jauch"

meedia, 16.01.2015

Pegida stellt sich der "Lügenpresse": Der Redaktion von Günther Jauch ist ein echter Coup gelungen. Zum ersten Mal spricht einer der Organisatoren der Pegida-Demonstrationen live im TV mit der Presse. Bislang weigerten sich die Initiatoren der Protestbewegung live im TV aufzutreten.

Am kommenden Sonntag (21.45 Uhr) bricht nun Kathrin Oertel dieses Schweigen. Sie diskutiert unter anderem mit Wolfgang Thierse, Jens Spahn von der CDU und dem AfD-Politiker Alexander Gauland. Zudem wird noch Frank Richter, der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in der Runde erwartet.

Die Gästeliste zeigt bereits, dass sich Oertel nicht ganz alleine fühlen wird. Gauland fiel in den vergangenen Tagen vor allem durch seine Pressemitteilung zu dem Terror-Angriff von Paris auf. In ihr interpretierte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Alternative für Deutschland den Anschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo als Rechtfertigung für die Anti-Islam-Bewegung Pegida: "All diejenigen, die bisher die Sorgen der Menschen vor einer drohenden Gefahr durch Islamismus ignoriert oder verlacht haben, werden durch diese Bluttat Lügen gestraft".

Die Diskussion darf man getrost mit einer gewissen Spannung erwarten. Denn bislang sorgte die Weigerung der Pegida-Initiatoren dafür, dass die Medien meistens nur über sie, aber nie mit ihnen sprachen. Günther Jauch gelingt also der erste Pegida-Live-Talk mit Pegida.

In fast allen Diskussion davor schwang stets eine gewisse Presse-Arroganz mit, sodass sich die Pegida-Macher sehr schnell selbst bloßstellen würden, wenn sie sich einmal mit echten Argumenten wehren müssten. Es wird also spannend zu sehen, ob sich dieses Vorurteil bestätigt oder ob Oertel in der Debatte bestehen kann.

Die wichtigsten Fragen, die Jauch dabei behandeln will, lauten: Was sind die Ziele und Absichten von Pegida? Werden die Demonstranten zu Unrecht der Fremdenfeindlichkeit bezichtigt? Oder ist Pegida tatsächlich Ausdruck eines Rechtsrucks in der Gesellschaft?

Sorgen um Standort: Pegida-Proteste verunsichern Dresdens Unternehmer

spiegel, 16.01.2015, Yasmin El-Sharif und Stefan Schultz

Dresden ist eine ostdeutsche Hightech- und Forschungshochburg. Nun leidet der Ruf des Standorts unter den Pegida-Protessen. Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft reagieren besorgt.

Über die Grenzen Deutschlands hinaus ist Dresden als Hightech-Standort bekannt. Die Stadt gilt als Zentrum der europäischen Mikroelektronikbranche, sie beherbergt zahlreiche Start-ups, Nanotechnologiefirmen, Biotechnologieunternehmen, Medizintechniker wie GlaxoSmithKline, eine berühmte Technische Universität.

Für Unternehmer solcher Branchen sind die Pegida-Proteste Gift. Immerhin sind sie auf Wissenschaftler und hochspezialisierte Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Zudem ist die Stadt eines der beliebtesten deutschen Touristenziele.

Nun leidet der Ruf des Standorts unter den allwöchentlichen, teils ausländerfeindlichen Protesten. Vielen Unternehmern drohen Umsatzeinbußen. Die ersten reagieren besorgt.

"Das Bild, das durch die Proteste von Dresden entsteht, ist sehr verunsichernd", bestätigt Diego Schwarz, Verantwortlicher des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft für die Stadt Dresden. Eine mögliche Folge könnte sein, "dass ausländische Fachkräfte Dresden verlassen".

Schon jetzt hält sich ihre Zahl - anders als man von einem Hightech-Standort vermuten würde - in Grenzen. Genau 27.063 Ausländer lebten Ende 2013 in der 530.000-Einwohner-Stadt Dresden. Von den insgesamt 242.039 gemeldeten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in Dresden arbeiten, waren gerade 6940 Ausländer. Die Pegida-Märsche machen es den Firmen nun womöglich noch schwerer, ihr Fachkräfteproblem in den Griff zu bekommen.

Besorgte Tourismus-Branche

Unweit des Pegida-Treffpunkts liegt das Hotel Dorint. Direktor Michael Mollau macht sich wegen der Protestmärsche inzwischen Sorgen. Seine größte ist, dass die friedlichen Märsche in Gewalt umschlagen könnten. Sollte das der Fall sein, blieben auch die Gäste weg, fürchtet er.

Beim Tourismusverband Dresden registriert man verunsicherte Kunden. "In einem Hotel in der Dresdner Innenstadt hat kürzlich eine arabische Familie angerufen und gefragt, ob man sich noch nach Dresden trauen kann", heißt es.

Für den Tourismusstandort Dresden - der allein von Januar bis Oktober 2014 knapp 3,7 Millionen Übernachtungen zählte - sind das beunruhigende Nachrichten. Auch wenn bislang niemand absehen kann, wie stark sich die Proteste tatsächlich in den Geschäftszahlen niederschlagen würden. 80 Prozent der Touristen kommen aus dem Inland, dürften die Proteste also zumindest nicht als unmittelbare Bedrohung wahrnehmen.

Der Ruf der Stadt droht dennoch Schaden zu nehmen oder hat er womöglich schon. "Wir hoffen, dass sich die Verunsicherung legt, ehe der Tourismusstandort Dresden leidet", heißt es beim Tourismusverband.

Erste Forscher wandern ab

Während sich Hoteliers und Unternehmer sorgen, spürt die Technische Universität Dresden bereits negative Folgen der Pegida-Proteste. "Die TU Dresden muss leider in Einzelfällen erleben, dass ausländische Wissenschaftler auf Grund der aktuellen Entwicklungen Dresden verlassen", sagt Hans Müller-Steinhagen, Direktor der TU Dresden.

Auch unter den ausländischen Studenten, die rund ein Achtel der Studierenden ausmachen, herrscht teils Verunsicherung. Steinhagen hält das für beunruhigend. "Durch die Vorgänge der vergangenen Wochen hat das Ansehen von Dresden und Sachsen bereits weit über die Grenzen des Landes hinaus erheblichen Schaden genommen", sagt er.

IHK sieht Schuld bei den Medien

Die Verunsicherung unter Dresdens Unternehmern wächst also, auch wenn sich die wirtschaftlichen Folgen der Pegida-Proteste bislang in Grenzen halten. Man habe "vereinzelt besorgte Anrufe von Unternehmern aus der Region erhalten", heißt es bei der sächsischen Landesregierung.

Die Industrie- und Handelskammer Dresden teilt mit, es seien zwar bisher "keine messbaren Schäden" für den Wirtschaftsstandort entstanden. Sie kritisiert aber auch die aus ihrer Sicht "mehrheitlich undifferenzierte, teils falsche mediale Berichterstattung", die dem Ruf der Stadt zusätzlich schade.

Pegida-Organisator gegen "Titanic": Bachmann beschwert sich über Humorpresse

spiegel, 16.01.2015, skr

"Heil Hitler und einen schönen Tag": Die "Titanic" veräppelt den Pegida-Organisator Lutz Bachmann. Der droht nun damit, gegen das Satiremagazin vorzugehen.

"Bitte keine Vorurteile": Unter diesem Titel veröffentlichte das Satiremagazin "Titanic" auf seiner Webseite einen ausgedachten Gastkommentar von Lutz Bachmann, einem der Organisatoren der islamkritischen Pegida-Bewegung.

Unter Bezug auf den gewaltsamen Tod eines 20-jährigen Flüchtlings in Dresden heißt es dort: "Außer dass er durch Stichwunden zu Tode kam, ist nichts bekannt, doch die Medien besitzen die Unverfrorenheit, in ihren Hetzartikeln eine Verbindung zu den friedlichen (!) Märschen der Pegida-Bewegung herzustellen, die sich unter Dresdens Bürgern einer großen Beliebtheit erfreuen."

Schnell ändert sich der Ton des Textes: "Wissen Sie, liebe Mitdeutsche, was eine anständige Beerdigung kostet? Gut 8000 D-Mark", heißt es darin. Kein besorgter Europäer könne wollen, den

deutschen Steuerzahler durch den Mord "an einem mittellosen Bittsteller" mit dieser Summe zu belasten. Der vermeintliche Gastkommentar endet mit den Worten "Heil Hitler und einen schönen Tag".

Wie die "Frankfurter Rundschau" berichtet, fand Bachmann, der bei der jüngsten Pegida-Demonstration seine Solidarität mit dem Satiremagazin "Charlie Hebdo" bekundet hatte, das gar nicht lustig: "Was hier abläuft, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten!", teilte er in einem, laut "FR" mittlerweile gelöschten Kommentar auf seiner Facebook-Seite mit. "Ich habe nie irgendeinen Kommentar abgegeben, und mit Satire hat dies nix mehr zu tun!"

Bachmann habe den fingierten Gastkommentar als "Rufmord" bezeichnet und angekündigt, den satirischen Text von seinen Anwälten prüfen zu lassen, berichtet die Zeitung.

Pegida nur bei AfD-Wählern beliebt

zeit, 16.01.2015, afp, fa

Die Bundesbürger lehnen Pegida mehrheitlich ab. Viel Zustimmung finden die islamfeindlichen Märsche nur unter AfD-Wählern. Geteilt ist die Meinung zum Islam.

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Pegida-Bewegung ab. Nur 17 Prozent befürworten die Kundgebungen laut dem ZDF-Politbarometer, 74 Prozent lehnten sie ab. Eine mehrheitliche Ablehnung gibt es demnach unter den Anhängern aller im Bundestag vertretenen Parteien, nicht aber unter den Anhängern der AfD. Von ihnen äußerten sich 70 Prozent zustimmend zu Pegida.

Geteilte Meinungen gibt es zu dem am Donnerstag im Bundestag von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zitierten Satz des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff: "Der Islam gehört zu Deutschland." In der Befragung der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen äußerten sich jeweils 48 Prozent dazu zustimmend oder ablehnend. Die übrigen Befragten antworteten mit "weiß nicht".

Besonders groß ist die Zustimmung unter den Anhängern von Grünen (73 Prozent) und SPD (56 Prozent), überwiegend ablehnend äußerten sich die Anhänger von AfD (96 Prozent) und Linkspartei (58 Prozent). Bei der CDU/CSU waren 49 Prozent dagegen und 46 Prozent für die von Wulff geprägte Aussage.

Islam gehört für CDU-Wähler eher zu Deutschland als für Linken-Wähler

70 Prozent der Befragten befürchten, dass Islamisten nach den Anschlägen in Paris auch in Deutschland Attentate verüben werden. Im September 2014 hatten nur 60 Prozent diese Befürchtung geäußert. 58 Prozent der Befragten äußerten sich jedoch überzeugt, dass vom Islam keine Bedrohung für die Demokratie hierzulande ausgeht.

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU wie auch im Dezember-Politbarometer auf 42 Prozent, die SPD unverändert auf 25 Prozent. Für die Grünen wurden elf Prozent vorhergesagt (minus eins) und für die Linke unverändert acht Prozent. Die AfD könnte mit sechs Prozent rechnen.

In der Liste der zehn wichtigsten Politiker verschlechterte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) leicht auf 2,4 Punkte (zuvor 2,6), liegt aber weiterhin an der Spitze vor Außenminister

Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit 2,1 (unverändert). Es folgt Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit 2,0 (zuvor 1,9) vor Innenminister Thomas de Maizière (CDU) mit 1,3 (0,9). Schlusslichter sind Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) mit 0,2 (0,3) vor Linken-Fraktionschef Gregor Gysi mit 0,0 (unverändert).

Die Bewegung expandiert ins Ausland

stuttgarter-zeitung, 17.01.2015, Knut Krohn und Helmut Hetzel

Während in Deutschland darüber diskutiert wird, ob Pegida ein rein ostdeutsches Phänomen ist, entstehen in der Schweiz, Österreich, Belgien sowie den Niederlanden bereits Ableger.

Pegida expandiert ins Ausland. Während in Deutschland noch darüber diskutiert wird, ob die Bewegung nur ein ostdeutsches Phänomen ist, entstehen in der Schweiz, Österreich, Belgien und den Niederlanden Ableger.

Dieser Tage gründeten rund ein Dutzend Personen den Verein „Pegida Schweiz“. Auf einer Facebook-Seite wird darauf hingewiesen, dass am 16. Februar die erste Demonstration stattfinden soll. Auf der Mitgliederliste von „Pegida Schweiz“ finden sich Personen mit einschlägiger Vergangenheit. Einer der Frontmänner ist Ignaz Bearth. Der 29-Jährige war früher Mitglied von Pnos – der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer. Nach Informationen des Schweizer „Tagesanzeiger“ steht er im Kontakt mit dem Front National in Frankreich und der FPÖ in Österreich.

Besuch aus Deutschland

Auf der Veranstaltung am 16. Februar wird nach Angaben auf der Facebook-Seite auch Besuch aus Deutschland erwartet. Tatjana Festerling, Mitbegründerin der AfD (Alternative für Deutschland), soll eine Rede halten. Sie wirbt auch im Profilfoto der Schweizer auf Facebook für den „1. Abendspaziergang“. Wo der stattfinden wird, ist noch unklar. Allerdings haben sich auch schon die Gegner formiert. Die Facebook-Seite „Nopegida Schweiz“ hat bereits nach wenigen Tagen mehr als 7000 Likes bekommen. Die Gruppe hat ebenfalls für den 16. Februar eine Demonstration angekündigt.

Auch in Österreich steht der Termin für den ersten Pegida-Marsch schon fest. Am 2. Februar ist eine Demonstration in Wien geplant. Stellungnahmen wollen die Mitglieder nach eigenen Angaben nicht abgeben; sie sind noch mit der Organisation beschäftigt.

Antwerpen bereitet sich vor

Auch im belgischen Antwerpen laufen die Vorbereitungen für eine erste Pegida-Demonstration auf Hochtouren. Sie soll am Montag, 26. Januar, stattfinden. „Wir wollen ein Signal setzen und davor warnen, dass unsere Freiheiten bedroht sind“, begründet der Initiator Hans Dubois (47) das Ziel: „Wir sind gegen ein totalitäres System, das die Demokratie unterminiert, wie das der Faschismus und der Kommunismus getan haben. Heute ist der totalitäre Islam das Problem“, sagt er. Auch in den Niederlanden formiert sich „Pegida-Niederland“, die nach eigenen Angaben schon „mindestens 4000 Mitglieder“ hat. Ein Datum für eine erste Demonstration steht aber noch nicht fest.
